

Wahlkreis-Rundschau

NEWSLETTER FÜR DEN WAHLKREIS 6 MITTE (WEDDING, GESUNDBRUNNEN)

APRIL 2011

SPD

■ Mietspiegel gilt auch bei Neuvermietungen

Nach dem Willen der rot-roten Koalition sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften verpflichtet werden, sich auch bei Neuvermietungen an den Mietspiegel zu halten. Ein entsprechender Antrag wurde jetzt vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Damit wird mit einer weiteren Maßnahme gegen steigende Mieten in Berlin vorgegangen.

Mieterhöhungen erfolgen oftmals beim Wechsel des Mieters, da es hier keine bundesrechtlichen Begrenzungen für eine Mieterhöhung gibt. Dadurch steigen die ortsübliche Vergleichsmiete und das Mietniveau insgesamt.

[Nähere Informationen auf Seite 2](#)

■ Frühjahrsputz an der Panke: Hanke sagt „Danke“

Kinder der Carl-Craemer-Grundschule („Panke-Frösche“), Seniorinnen und Senioren sowie Mitarbeiterinnen und Praktikanten aus dem Seniorendomizil an der Panke sowie Putzaktivisten von „Menschen helfen Menschen in und um Berlin“ e.V. und Kinder aus der Bibliothek am Luisenbad sammelten am 7. April Müll am Ufer- und Wegebereich der Panke auf Höhe der Bibliothek. Von Flaschen über Papierchen und Spritzen bis hin zu Autositzbänken reichte die Beute. Mit Unterstützung der BSR, die Westen, Handschuhe und Greifer zur Verfügung stellte, füllten sich schnell die Müllsäcke.



Foto: www.denkiez.de

Das Engagement der Pankeputzer wurde auch von Bezirksbürgermeister Christian Hanke gewürdigt. „Ich kann mich noch erinnern, wie wir hier schon vor zwanzig Jahren saubergemacht haben, es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger hier selbst mit anpacken, toll!“

W wie Wedding, W wie Wieland



*Die Wahlkreis-Rundschau
wünscht Ihnen angenehme
und sonnige Ostertage*

■ Mietspiegel auch bei Neuvermietungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach dem Willen der rot-roten Koalition soll auch bei Neuvermietungen von städtischen Wohnungen der Mietspiegel gelten. Ein entsprechender Antrag, in dem der Senat aufgefordert wird, darauf bei den Wohnungsbaugesellschaften hinzuwirken, wurde jetzt vom Abgeordnetenhaus beschlossen.



Damit wird mit einer weiteren Maßnahme gegen steigende Mieten in Berlin vorgegangen. Bereits umgesetzt ist, dass sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei der Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete bei vermieteten Wohnungen ohne Ausnahme an den Mietspiegel halten müssen. Auf den Weg gebracht wurden auch mehrere Bundesratsinitiativen, die eine Begrenzung von Mieterhöhungen bei laufenden Mietverträgen und bei Neuvermietungen zum Ziel haben. Zum Hintergrund: Mieterhöhungen erfolgen grundsätzlich oftmals beim Wechsel des Mieters, da es hier keine bundesrechtlichen Begrenzungen für eine Mieterhöhung gibt. Dadurch steigen die ortsübliche Vergleichsmiete und das Mietniveau insgesamt.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften können mit ihrem Verzicht auf „ungezügelt“ Mieterhöhungen bei Neuvermietungen auch an diesem Punkt eine Vorbildfunktion einnehmen und beteiligen sich nicht an der sprunghaften Steigerung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Die SPD-Fraktion macht mit dieser Entscheidung deutlich, dass sie die Stadtrendite der städtischen Wohnungsbaugesellschaften über deren Finanzrendite stellt.

Sicherlich wird man mit dieser Entscheidung die Tendenz der stark steigenden Vergleichsmieten nicht stoppen können. Hierzu bräuchte es den Willen der Bundesregierung, der gegenwärtig aber nicht zu erkennen ist. Berlin ist als Mieterstadt auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Denn in der Breite betrachtet entwickeln sich die Einkommen der Berliner keineswegs so stürmisch wie es der Mietspiegel vermuten lassen könnte. Leider.

Ihr 

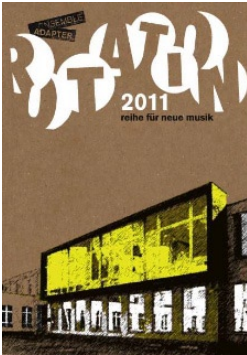
■ Gut Essen rund um die Panke



Unter dem Thema „Essen“ begibt sich die neue Ausgabe der Zeitung „Quartier²“ auf einen kulinarischen Rundgang durch den Kiez rund um die Pankstraße. Das Heft beschränkt sich aber keineswegs nur auf die Auflistung empfehlenswerter Restaurants und Imbisse. Untersucht wird auch die Frage, wie sich die Ernährungslage im Kiez insgesamt darstellt, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus enthält das Heft eine Reihe gezielter Hinweise auf günstige Mittagessen im Kiez, z.B. im Ausbildungsrestaurant „Rossi“ in den Osram-Höfen. Als Leckerli am Rande enthält „Quartier²“ eine Reihe von Rabattgutscheinen für verschiedene Lokale zum Ausschneiden. Erhältlich ist die Zeitung im Büro des QM Pankstraße, Prinz-Eugen-Str.1. Sie kann auch unter der Adresse www.pankstrasse-quartier.de/Kiezzeitung.1707.0.html heruntergeladen werden.

■ Veranstaltungshinweis 28. April bei „ExRotaprint“

Solo works for extended harp



Die Konzertreihe „Rotation 2011“ ist ein Pilotprojekt des Ensembles Adapter auf dem Gelände der ExRotaprint als neuer (Heim-)Spielstätte in Berlin-Wedding. In fünf Konzerten stellen sich die Ensemblemitglieder als Solisten vor und präsentieren eine gezielte Auswahl von internationalem Repertoire. Das „Ensemble Adapter“ sucht, so die Eigendarstellung, stetig den Kontakt zu den neuesten Entwicklungen der verschiedenartigen Szenen zeitgenössischen Kunstschaffens und pflegt einen progressiven, authentischen und kraftvollen Stil.

Am Donnerstag, 28. April um 20.00 Uhr präsentiert Gunnhildur Einarsdóttir „Solo works for extended harp“ von den Komponisten Georges Aperghis, Kaija Saariaho, R-Murray Schafer und Toru Takemitsu. Ort: ExRotaprint, Gottschedstraße 4, U-Bahn Nauener Platz, www.exrotaprint.de, www.ensemble-adapter.de.

■ Servicetelefon Miete

Viele Berlinerinnen und Berliner haben Fragen zum Mietspiegel oder zum allgemeinen Mietrecht. Die Suche nach dem richtigen Ansprechpartner gestaltet sich meist schwierig. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat ein zentrales Servicetelefon Miete unter der Telefonnummer 90 13 94 777 als Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Miete eingerichtet. Dadurch wird das bisherige „Mietspiegeltelefon“ hin zu einem breit angelegten „Servicetelefon für Miete“ erweitert.

■ Die Kulturloge macht's möglich:

Kostenlos in Konzert und Theater

Ab April informieren Mitarbeiter der „Kulturloge Berlin“ in den verschiedenen Standorten der Stadtbibliothek Mitte über die Möglichkeiten eines kostenlosen Besuchs von Theateraufführungen und Konzerten.

Die Kulturloge funktioniert so ähnlich wie die Berliner Tafel: Die Veranstalter, u.a. die Philharmonie, die Deutsche Oper oder die Wühlmäuse, informieren die Kulturloge über freie Restplätze, die die Kulturloge dann an Menschen mit geringem Einkommen (bei Einzelpersonen z.Zt. unter 900,- Euro im Monat) vermittelt.

Um in den Genuß des kostenlosen Besuchs kommen zu können, müssen sich Interessenten bei der Kulturloge registrieren lassen. Dies kann bei einem der Termine in der Stadtbibliothek geschehen oder auch direkt beim Verein „Kulturinitiativen und Kulturlogen e.V.“, www.kulturlogen-berlin.de

Dr. Christian Hanke,
Bezirksbürgermeister von Mitte,
lädt Sie ein zum

SPD Berlin Mitte
t. 030 4892-100
mitte@spd-berlin.de
www.mitte.spd-berlin.de

SPD

30. April
ab 20 Uhr
Eintritt: 5 Euro
inkl. Buffet

Tanz in
den Mai
2011

DJ & Live Musik

Glaskasten
Prinzenallee 33
13359 Berlin

■ Im Kiez entdeckt

Weltgeist im Wedding: Das „Spiritus Mundi“

Was aufmerksame Beobachter im Wedding schon längst bemerkt haben, hat sich ein neues Ladengeschäft in der Nazarethkirchstraße namensgebend auf die Fahnen geschrieben: „Der Weltgeist ist in den Wedding eingezogen“, heißt es auf der Internetseite des „Spiritus Mundi“. Das Spiritus Mundi ist Feinkostladen, Café und Galerie in einem. Hervorzuheben sind die regionalen Bio-Produkte aus der Uckermark sowie eine ansehnliche Auswahl internationaler Weine. Dabei achten die Betreiber darauf, dass die Preisschilder – wie sonst so oft ganz zeitgeistig üblich – eben nicht besonders breit ausfallen. In dieser Hinsicht ist das Spiritus Mundi noch ganz Wedding. Zur Zeit läuft z.B. eine Wein-Rabattaktion. Nimm 6, zahl 5 – wer eine Kiste kauft, zahlt nur 5 Flaschen. Ab 2 Kisten dann auch Lieferung frei Haus.



Wer allerdings glaubt, hier sei mir nichts Dir nichts ein Schnäppchen zu machen, könnte sich leicht angeschmiert haben. Denn der Weg zum Weinregal führt vorbei an einem hämisch lachenden Tortenregal und einer Auslage an Bagels, die allesamt ein „Nimm mich!“-Schild tragen. Spätestens beim berühmten New Yorker Katz-Bagel mit Roastbeef und Sauerkraut ist die Versuchung mit Händen zu greifen, das Ersparne direkt wieder in Naturalien einzutauschen. Was dann wiederum auch nicht wirklich schlimm ist... Und falls gerade die Frühjahrsdiät dem entgegensteht, so lässt sich der Blick in eine Ecke mit ansprechenden Geschenken lenken, gänzlich kalorienfrei.

Das Spiritus Mundi befindet sich in der Nazarethkirchstraße 40 (Ecke Malplaquetstraße) und ist Montag bis Sonnabend von 12.00 bis 20.00 Uhr geöffnet. Im Web zu finden unter www.spiritusmundi.de.

■ Kinder und Jugendliche haben am 9. September die Wahl



Am 18. September wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus sowie die Bezirksverordnetenversammlungen. Unnötig, hier zu erwähnen, wen die Wahlkreis-Rundschau für eine gute Wahl hält.

Wie auch schon bei vergangenen Wahlen, finden auch diesmal bereits in der Woche davor Wahlen statt. Konkret am Freitag, 9. September sind Berlins Kinder und Jugendliche aufgerufen, im Rahmen der U18-Wah-

len über die von ihnen gewünschten politischen Vertreter abzustimmen. Koordiniert werden die U18-Wahlen vom Landesjugendring.

Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Gesucht werden Vereine, Institutionen und Initiativen, die am 9. September ein Wahllokal betreiben möchten oder eine Veranstaltung im Rahmen von U18 anbieten wollen.

Im Bezirk Mitte steht das „Kinder- und Jugendbüro Mitte“ in der Reinickendorfer Str. 55, 13347 Berlin als Ansprechpartner zur Verfügung. Interessenten wenden sich bitte an Frau Ute Riedel unter 28 38 - 44 10 oder per Mail an kinder-undjugendbueromitte@versanet.de. Weitere Informationen finden sich auch unter www.u18.org

Ihr direkter Draht zu Ralf Wieland (Impressum, Kontakt)

SPD-Fraktion
Abgeordnetenhaus zu Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10111 Berlin

Tel. 23 25 13 46
23 25 22 22

info@ralf-wieland.de
www.ralf-wieland.de



■ **Kriminalität in Berlin insgesamt rückläufig**

Innensenator Dr. Ehrhart Körting legt Bericht zur Kriminalität in Berlin 2010 vor

Die Zahl der Straftaten in Berlin war 2010 erneut rückläufig und erreicht damit den niedrigsten Stand seit der Wende. Insgesamt wurden 475.021 Fälle registriert. Das sind rund 21.447 (-4,3 %) weniger als 2009 (496.468) und rund 100.000 Fälle weniger als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig hat sich die Aufklärungsquote leicht verringert, von 49,4% (2009) auf 48,4%. Diese Veränderung ist jedoch kein Hinweis auf zurück gegangene Ermittlungsanstrengungen, sondern rechnerische Folge des starken Rückgangs der festgestellten Fälle von Beförderungerschleichung.

Ein Rückgang der Fallzahlen ist unter anderem in folgenden Bereichen zu verzeichnen:

- Tötungsdelikte -27,6 % auf 189 Fälle
- Sexualdelikte -14,2 % auf 2.777 Fälle
- Rohheitsdelikte -3,8 % auf 64.760 Fälle
- Raub -4,8 % auf 5.997 Fälle
- Fahrraddiebstähle -8,1 % auf 19.942 Fälle
- Wohnungseinbrüche -3,5 % auf 8.713 Fälle

Mit insgesamt 190.437 Fällen (+ 3,0%) bilden die unterschiedlichen Formen des Diebstahls auch 2010 wieder deutlich mehr als ein Drittel der gesamten erfassten Kriminalität. Auch die Vermögens- und Fälschungsdelikte, darunter der Betrug, bilden mit rund einem Fünftel des Gesamtaufkommens einen erheblichen Teil am Straftatenaufkommen. Hier ist für 2010 ein Rückgang um 13,7 % zu erkennen. Dazu trägt vor allem der starke Rückgang des Kontrolldelikts Beförderungerschleichung (Schwarzfahren) um 34,7% und der Rückgang des Waren- und Kreditbetrugs um 8% bei.

Der festgestellte Gesamtschaden durch Straftaten sank 2010 um 20,2% auf jetzt 602.319.014 €. Es sank sowohl der durchschnittliche Schaden je Fall (auf 2350€ in 2010) als auch der Schaden in den wesentlichen Bereichen der Wirtschaftskriminalität und bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten.

Senator Dr. Ehrhart Körting: „Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Polizei danke ich für ihre hervorragende Arbeit. Sie haben die hohen Anforderungen und vielschichtigen Aufgaben in der Metropole Berlin sehr gut gemeistert.“

Die Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2010 ist unter <http://www.berlin.de/sen/inneres/sicherheit/statistiken/index.html> auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Inneres und Sport abrufbar.

(Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport vom 11.4.2011)

■ **Veranstaltungstipp für den 4. Mai**

Was bringt unsere Kieze voran? – Reden Sie mit!

Was bringt unsere Kieze voran? Wo muss mehr getan werden? Was funktioniert gut? Wo läuft es schlecht? - Die SPD Mitte lädt herzlich dazu ein, mit ihr über die Schwerpunkte der Kommunalpolitik in den kommenden Jahren zu reden. Am Mittwoch, 4. Mai stehen um 18.00 Uhr im Atze-Musiktheater im Wedding (Luxemburger Straße, U-Bahn Amrumer Straße) die Kommunal- und Landespolitiker der SPD Mitte Rede und Antwort zu allen Themen, die im Bezirk interessieren.

Unter dem Titel „Jede und Jeder gehört dazu. Für eine solidarische Stadtgesellschaft in Mitte“ hat die SPD in Mitte ihren Entwurf für ein kommunales Wahlprogramm vorgelegt, der unter www.mitte.spd-berlin.de heruntergeladen oder telefonisch unter 46 92 - 130 in Papierform bestellt werden kann. Am 4.5. stehen die darin formulierten Ziele und Schwerpunkte auf dem Prüfstand der Bürgerinnen und Bürger. Eine gute Gelegenheit, nicht nur über „die Politik“ zu meckern, sondern den Politikern der SPD drängende Probleme und Anregungen direkt mit auf den Weg zu geben.



11. April 2011

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Beschluss des Präsidiums am 11. April 2011

Die Bürgerversicherung – solidarisch, gerecht und leistungsfähig

Grundlagenbeschluss des SPD-Präsidiums für eine Bürgerversicherung

Gesundheit ist entscheidend für das eigene Lebensglück. Sie ist aber auch die Grundlage für eine produktive Gesellschaft. Die gesundheitliche Versorgung ist deshalb keine Privatsache. Es ist eine gesamtgesellschaftliche – und damit politische – Aufgabe dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich auf eine gute gesundheitliche Versorgung verlassen können – unabhängig von ihrem Einkommen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Absicherung im Krankheitsfall ein soziales Menschenrecht. Es uneingeschränkt zu gewährleisten ist die Pflicht eines modernen Sozialstaates. Deshalb wollen wir die Krankenversicherung in Deutschland künftig am Bürgerprinzip orientieren.

Dieses Vorhaben steht in scharfem Kontrast zur Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Koalition. CDU/CSU und FDP haben die solidarische und gerechte Finanzierung von Gesundheitsleistungen aufgekündigt und verschärfen die Unterschiede in der Versorgung nach Einkommen.

Umfassende soziale Sicherheit und gesundheitliche Versorgung gibt es aber nur dann, wenn alle Bürgerinnen und Bürger an der Versicherung beteiligt sind – unabhängig vom Alter, vom Einkommen oder vom sozialen Status. Wir wollen, dass alle gleich gut behandelt werden, dass alle

am medizinischen Fortschritt teilhaben und dass die Kosten gerecht und solidarisch getragen werden. Dafür steht unser Konzept der Bürgerversicherung, mit dem wir konkret und umsetzbar zeigen, wie gute Versorgung für alle auch in Zukunft gesichert werden kann.

Mit der Bürgerversicherung verbinden wir folgende Ziele:

- **Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin.** Wir schaffen ein **Versicherungs- und Versorgungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger** und sorgen dafür, dass alle gleich gut behandelt werden.
- Wir stellen die **Solidarität im Krankenversicherungssystem** wieder her und sorgen für **mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen**. Auch die höchsten Erwerbseinkommen tragen zur Finanzierung bei.
- Wir stellen die **paritätische Finanzierung** wieder her und sorgen dafür, dass Arbeitgeber und Versicherte zu gleichen Teilen in die Finanzierung einbezogen sind.
- Wir finanzieren unser Gesundheitswesen **nachhaltig**, indem wir den Steuerbeitrag dynamisieren, ohne die Versicherten zusätzlich zu belasten. Für diese Steuerfinanzierung soll

das zusätzliche Aufkommen aus der Erhöhung der Abgeltungssteuer herangezogen werden.

- Wir ermöglichen **bessere Qualität in der gesundheitlichen Versorgung** durch eine nachhaltigere und gerechtere Finanzierung der Kassen.
- Wir wollen die **gesundheitliche Prävention** stärken.

Mit unseren Vorschlägen geben wir der Debatte um die Finanzierung des Gesundheitssystems einen neuen Impuls. Wir legen ein Konzept vor, das umsetzbar ist, niemanden finanziell überfordert, bestehende Ungerechtigkeiten und Hindernisse beseitigt und damit die Möglichkeit schafft, die gesundheitliche Versorgung für alle zu verbessern.

Mit der Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland einen guten Versicherungsschutz haben: Alle heute gesetzlich Versicherten und jeder künftige Krankenversicherte wird automatisch Mitglied der Bürgerversicherung.

Privatversicherte können - unabhängig von Alter und Gesundheitszustand - in einem befristeten Zeitrahmen wählen, ob sie sie in die Bürgerversicherung unter Mitnahme der Alterungsrückstellungen im Umfang des Basistarifes wechseln oder in ihren bestehenden Verträgen der Privatversicherung bleiben wollen. Vertrauensschutz ist uns wichtig. Gleichzeitig eröffnen wir für viele Privatversicherte, die unter hohen Prämiensteigerungen leiden, damit zum ersten Mal echte Wahlfreiheit.

Den einheitlichen Tarif zur Bürgerversicherung können alle Kassen – öffentlich wie privat – anbieten.

Die Bürgerversicherung stützt sich auf drei Finanzierungssäulen:

■ **Bürgerbeitrag:**

Der heutige Arbeitnehmerbeitrag wird zu einem Bürgerbeitrag weiterentwickelt, den alle Bürge-

rinnen und Bürger auf ihre Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit prozentual entrichten. Die Beitragsbemessungsgrenze wird nicht angehoben. Der Bürgerbeitragsatz wird einheitlich festgelegt – zur Stärkung des Wettbewerbs bekommen die Krankenkassen die Möglichkeit, diesen anzupassen. Insgesamt wird immer gleich viel Geld durch Arbeitgeber und Versicherte eingebracht (dauerhafte nominale Parität). Zusatz- und Sonderbeitrag fallen ersatzlos weg.

Beim Bürgerbeitrag wird die Mindestverbeitragung für Selbständige auf 400,01 Euro abgesenkt. Damit gibt es für Selbständige mit geringem Einkommen erstmals faire Beiträge.

■ **Arbeitgeberbeitrag:**

Der Arbeitgeberbeitrag wird als prozentualer Beitrag auf die gesamte Lohnsumme der bürgerversicherten Beschäftigten eines Unternehmens / der Selbständigen erhoben. Damit entfällt im Arbeitgeberbeitrag die Beitragsbemessungsgrenze. Mit diesen Veränderungen stellen wir sicher, dass sich die Arbeitgeber und Versicherten zu gleichen Teilen an der Finanzierung der Bürgerversicherung beteiligen. Der Arbeitgeberbeitrag wird einheitlich direkt an den Gesundheitsfonds abgeführt.

■ **Dynamisierter Steuerbeitrag:**

Der Steuerzuschuss in die gesetzliche Krankenversicherung wird analog dem Verfahren in der gesetzlichen Rentenversicherung dynamisiert. Die Dynamisierung wird aus den Mehreinnahmen einer Anhebung der Zinsabgeltungssteuer finanziert. Damit werden die Einkünfte aus Kapitalerträgen in die Finanzierung der Bürgerversicherung einbezogen. Wir werden einen Aufschlag auf die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge erheben, um die Vermögenseinkünfte in die Finanzierung der Bürgerversicherung einzubeziehen.

Die Versicherten sind die klaren Gewinner des sozialdemokratischen Bürgerversicherungsmodells: Sie werden entlastet.

Gleichzeitig können wir die Parität im Gesundheitssystem wiederherstellen, indem Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleiche absolute Beträge in die Kassen einzahlen.

Um eine gerechte Verteilung der Mittel zu gewährleisten werden die Ausgaben im Gesundheitsfonds zu 100 Prozent gedeckt und der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich auf alle klinischen Diagnosen ausgeweitet.

Die Bürgerversicherung soll die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle sichern. Deshalb wird der Leistungskatalog der GKV die einheitliche Grundlage für die Bürgerversicherung sein. Er wird in der gemeinsamen Selbstverwaltung weiterentwickelt. Um die Versicherten vor finanzieller Überforderung und unnötigen Behandlungen zu schützen, werden alle Leistungen wieder grundsätzlich als Sachleistungen ohne Vorkasse gewährt. Außerdem werden wir mit der Bürgerversicherung eine einheitliche Honorarordnung einführen.

Gleichzeitig muss unser Gesundheitssystem stärker auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten sowie auf mehr Prävention ausgerichtet

werden. Überkommene Sektorabgrenzungen, ungeeignete Planungsgrundlagen, historisch gewachsene Zuständigkeiten, Honoraranteile oder Aufgabenzuweisungen müssen dem Primat der guten Patientenversorgung sowie einer Entbürokratisierung untergeordnet und ggf. geändert werden, damit notwendige Veränderungen im Sinne der Patientinnen und Patienten durchgesetzt werden können. Der stetigen Abnahme der Zahl der Hausärzte muss entgegengewirkt werden. Eine bessere Honorierung der Hausärzte, die diesen Beruf wieder so attraktiv macht, wie er es verdient, ist auch der Schlüssel zu mehr Vorbeugemedizin. Die Kliniken sollen stärker als bisher für die ambulante Versorgung geöffnet werden. Auch hier wird eine einheitliche Gebührenordnung für niedergelassene Fachärzte und Kliniken gelten. Die stärkere Öffnung der Krankenhäuser wird zu mehr Kooperation und damit zu einer Qualitätssteigerung führen.

Mit der Bürgerversicherung gewährleisten wir das Recht aller Versicherten auf eine gleich gute Behandlung. Wir schaffen ein Versicherungssystem für alle. Damit das Versprechen unseres Sozialstaats auf Gesundheit für alle Wirklichkeit werden kann.